

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abg. 1933, erteilt Kustode Abrechnungen mit feiner Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei...
Verlagspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf.
Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Krieg, Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung / Postfach-Nr. 5788 / Telegr.-Adr.: "Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 283

Altensteig, Freitag den 2. Dezember 1933

55. Jahrgang

Bayerns Eisenbahnforderungen an das Reich

Beschleunigte Feststellungslage beim Staatsgerichtshof

Der Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Staatsrat Schäffer, teilte im Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtages mit, dass zur Zeit zwischen Bayern und dem Reich Verhandlungen über die Forderung Bayerns auf 15,1 Millionen RM. schweben. Diese Summe bilde den Fehlbetrag, der durch die starke Minderung an Reichsteuereinzahlungen im bayerischen Staatshaushalt verbleibe. Der Staatsrat wies darauf hin, dass im Reich für Maßnahmen über deren Zweckmäßigkeit man streiten könne, Hunderte von Millionen aufgebracht wurden. Es müsse daher auch möglich sein, dass die öffentlichen Institute, wie es Länder und Gemeindefinanzen, dieselbe Gnade fänden, wie gewisse wirtschaftliche Großbetriebe. Hierzu komme, dass die allgemeine Finanzpolitik eine Aenderung des Finanzgleichgewichtes gebracht habe. Das Reich habe einzelne Teile der Einkommensteuer mit besonderem Namen belegt, die Vermögenssteuer usw., und damit diese Teile zu 100 v. H. für sich einbehalten, so dass Länder und Gemeinden heute tatsächlich nicht mehr 75, sondern nur noch 50 v. H. der Einkommensteuer bezögen. Bei der Reichsbahnabfindung forderten die Länder nicht, dass das Reich den Kapitalbetrag auslege, weil das Milliardenbetrag wären. Das Reich habe aber 500 Millionen Reichsbahnvorszugsaktien, die nicht Vermögen des Reiches, sondern gemeinsames Vermögen der früheren Eisenbahnländer seien. Diese Vorszugsaktien brächten eine Dividende von 7 v. H., also von 35 Millionen RM. Das Reich habe sich früher grundsätzlich bereit erklärt, diese 35 Millionen als Abschlagszahlung für die Zinsansprüche der Eisenbahnländer zur Verfügung zu stellen. Das Reichsfinanzministerium habe nunmehr Bayern mitgeteilt, dass es keine gesamte Rechtsanschaung geändert habe und das Recht jeglichen Aufwertungs- und Entschädigungsanspruchs der Länder überhaupt bestritten wolle. Staatsrat Schäffer erklärte, er habe der Reichsregierung nur geantwortet, dass ihm diese Auffassung ganz angenehm sei, weil der Bogen dadurch so überspannt würde, dass der Staatsgerichtshof ohne weiteres einsehen müsse, wo die Rechts- und Billigkeitsansprüche lägen. Die Folge werde eine beschleunigte Feststellungslage beim Staatsgerichtshof sein müssen. Für Bayern würde sich für die letzten zwei Jahre daraus ein Betrag von 4,5 Millionen RM. errechnen.

Aus dem Reichsrat

Bereinigung des Scheck- und Wechselrechtes — Senkung der Eisegebühren

Berlin, 1. Dez. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gaal eine Vollversammlung ab, in der dem Vorhabe der Reichsregierung zugestimmt wurde, die Abkommen zur Bereinigung des Wechselrechtes und dem auf Grund dieser Abkommen vorgeschlagenen Entwurf eines Wechselgesetzes erneut beim Reichstag einzubringen. Ferner stimmte der Reichsrat der Einbringung der Abkommen über die Bereinigung des Scheckrechtes und des auf Grund internationaler Vereinbarungen vorgeschlagenen Scheckgesetzes beim Reichstag zu. Eine Verordnung über die Ausdehnung der Eisepflicht auf die zur Längenmessung und zur Flächenmessung dienenden Meßwerkzeuge wurde vom Reichsrat gebilligt, desgleichen eine Verordnung über eine teilweise Senkung der Eisegebühren. In den Reichsratsausschüssen hatte diese letzte Verordnung zu ausgedehnten Beratungen geführt, da ein Teil der Länder glaubte, eine Gebührensenkung aus finanziellen Gründen nicht tragen zu können. Die Regierung hat daraufhin ihre ursprünglichen Vorschläge noch beschränkt, sodass eine Gebührensenkung nur in einigen bestimmten Fällen ab 1. April 1933 eintritt. Endlich beschloß der Reichsrat, daß die demnächst freiwerdenden zwei Reichsgerichtsratsstellen durch die beiden dienstältesten Hilfsrichter besetzt werden sollen.

Die Aushebung der Paffsäckerwerkstatt in der Kaiserallee

Berlin, 1. Dezember. Die Aushebung der Paffsäckerwerkstatt in der Kaiserallee stellt sich, wie der Polizeipräsident mitteilt, mehr und mehr als ein bedeutender Schlag gegen die kommunistische Partei dar und kann darüber hinaus als ein Beweis für die illegale Betätigung der Kommunisten angesehen werden. Es ist dies die fünfte Entdeckung derartiger Werkstätten, von denen die bedeutendste bisher die Aushebung der Neuföllmer kommunistischen Paffsäckerwerkstatt im Jahre 1924 war. Die beiden verhafteten Personen Wiehn und Kohler sind zweifellos Anhänger der kommunistischen Partei, denn es wurden bei ihnen ein kommunistisches Abzeichen bezw. kommunistische Schriften gefunden. Wiehn dürfte der eigentliche Leiter des Unternehmens gewesen sein. Er hat wiederholt Reisen ins Ausland, und zwar nach Frankreich, der Tschechoslowakei und auch nach Rußland gemacht. Bei der Reise nach Rußland bediente er sich eines von ihm selbst hergestellten auf den Namen Turgel lautenden Pases.

Weitere Verzögerung der Reise

Hitler kommt nicht nach Berlin — heute wohl noch Entscheidung

Eine parteioffizielle Erklärung

Weimar, 1. Dez. Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit: Gegenüber dem von politisch interessierter Seite systematisch in die Öffentlichkeit gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler zugesagt, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgend welchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, wird hiermit parteiamtlich festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren. In derartigen Verhandlungen mit den zur Zeit in Berlin mit der Kabinettsbildung befaßten Persönlichkeiten lag und liegt für die NSDAP keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 23. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen der Öffentlichkeit bekannten, festumrissenen, klaren und eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in allerzögster Frist unterbreitet hat. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages, der im Interesse von Volk und Vaterland unter Umgehung aller verwirrenden Begriffe gemacht ist, und keinerlei Raum zu Unklarheiten läßt, lag und liegt nicht bei der NSDAP, deren gradlinige Haltung seitdem tagtäglich durch die nationalsozialistische Presse in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Demgemäß hat sich auch Adolf Hitler am Dienstag abend programmäßig nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindefunktionen einzugreifen. Alle andersgearteten Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft, sind unwar.

Ein neuer Hitler-Brief

Berlin, 1. Dez. In einigen Berliner Abendblättern wird von einem neuen Brief Hitlers an den Reichspräsidenten gesprochen. Wie wir von uninteressierter Seite erfahren, ist dieser Brief tatsächlich eingegangen. Er enthält jedoch keine Neuigkeiten, die ihm eine außergewöhnliche Bedeutung geben würden, sondern bezieht sich nur auf die Vorschläge, die Hitler dem Reichspräsidenten innerhalb des bekannten Briefwechsels gemacht hat und lehnt jede weiteren Verhandlungen ab. Nach Auffassung uninteressierter Stellen steht der Brief in keinem direkten Zusammenhang mit den Bemühungen des Generals von Schleicher. Weiter erfahren wir, daß nach einer Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler, die am Donnerstag mittag stattgefunden hat, für 6 Uhr abends eine neue Besprechung beim Reichspräsidenten angesetzt wurde.

Weitere Verzögerung

Neue Besprechungen bei Hindenburg

Berlin, 1. Dez. Die Besprechung beim Reichspräsidenten am Donnerstag abend, an der wie üblich Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner teilnahmen, dauerte etwa einundeneinhalb Stunden. Nach den Auskünften, die bisher zu erlangen waren, hat sie eine Entscheidung noch nicht gebracht. Es wird hinzugefügt, daß die Entscheidung wahrscheinlich Freitag mittag bekanntgegeben wird. Daraus läßt sich vielleicht entnehmen, daß zunächst Freitag vormittag noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Kein stimmungsartig muß man am Donnerstag abend den Eindruck haben, daß wieder alles offen ist, auch was die Frage der zu beauftragenden Kanzlerpersönlichkeit anlangt.

Die heutigen Abendbesprechungen beim Reichspräsidenten

Berlin, 1. Dezember. Zu der heutigen Abendkonferenz beim Reichspräsidenten erfahren wir noch, daß über die sachlichen Fragen des Programms der künftigen Regierung ein abschließendes Ergebnis erzielt worden sein dürfte. Die Frage der Verantwortlichkeit des neuen Reichskanzlers ist vollkommen offen. Die Chancen für Reichskanzler v. Papen und General v. Schleicher werden in politischen Kreisen mit 1:1 gekennzeichnet. In diesem Zusammenhange wird auch betont, daß die Antwort der Nationalsozialisten vollkommen negativ ausgefallen ist, so daß nicht mehr die geringste Wahrscheinlichkeit eine Unterbrechung oder Aulassung eines Kabinetts von Schleicher erwarten läßt. Daraus ergibt sich wohl, daß nun General v. Schleicher nicht mehr allein im Vordergrund ist, sondern die Aussichten sich auf ihn und Herrn v. Papen gleichmäßig verteilen. Es steht fest, daß die neue Reichsregierung eine Politik macht, die nicht mehr davon abhängig ist, welche der beiden Persönlichkeiten an ihrer Spitze stehen wird. Daraus darf man wohl schließen, daß auch das Regierungsprogramm des Reichskanzlers

v. Papen sich fast ausschließlich auf die wirtschaftlichen Fragen konzentriert würde. Morgen mittag wird nun noch Geheimrat Eugenberg vom Reichspräsidenten empfangen werden und dann soll im Laufe des Nachmittags endgültig die Entscheidung auch in der Personfrage fallen.

Freiherr von Neurath

geht erst nach Bildung des Kabinetts wieder nach Genf

Berlin, 1. Dez. Zu den Presseerörterungen über die Frage einer Zusammenkunft der führenden Staatsmänner in Genf zur Besprechung der Gleichberechtigungfrage erfahren wir von zuständiger Stelle, daß der deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath erst nach Bildung des neuen Reichskabinetts nach Genf fahren wird. Die führenden Staatsmänner der anderen Mächte, die, wie bekannt, bereits in einigen Tagen wieder in Genf eintreffen, sind darüber unterrichtet und haben ihr Verständnis für das Verbleiben des Reichsaußenministers in Berlin zum Ausdruck gebracht. Deutschland ist bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Mandatsfrage durch den Gesandten v. Weizsäcker vertreten.

Die Berliner Presse zur innerpolitischen Lage

Berlin, 2. Dezember. In den Erörterungen der Morgenblätter über die gefrige Entwicklung der innerpolitischen Situation spielt die Auffassung die Hauptrolle, daß durch die ablehnende Haltung der Nationalsozialisten nunmehr wieder eine Kanzlerschaft Papens Wahrscheinlichkeit gewonnen hat. Die „Völkische Zeitung“ nennt als Grund, daß die Fühlungnahme mit den Gewerkschaften nicht das erwartete Ergebnis gehabt habe, denn deren Forderungen seien so weitgehend, daß auch Schleicher sie nicht erfüllen könne. Die „Germania“, die ebenfalls mit einer Wiederbetragung v. Papens rechnet, sagt, man müsse der weiteren politischen Entwicklung mit der größten Skepsis entgegensehen. Sehr eindringlich warnt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vor einer Berufung Papens, die das Blatt als eine Erfüllung des höchsten Wunsches von Dr. Gäßels bezeichnet, der in der NSDAP den agitatorischen Einschlag am härtesten vertrete. Nach dem Scheitern des Planes, die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen, müsse eine Lösung gesucht werden, die wenigstens für später nicht alle Möglichkeiten der Wiederanknüpfung töte. Gegen Schleicher werde die Opposition der NSDAP wesentlich anders aussehen als bisher. Das Blatt behauptet in diesem Zusammenhang auch, daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder des alten Kabinetts, u. a. Dr. Brauns, ihre Ämter unter diesen Umständen zur Verfügung stellen würden.

Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 1. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Schreiben des ADGB an den Reichswehrminister, das, wie erläutert hinzugefügt wird, nach der Besprechung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit General von Schleicher auf dessen Wunsch hin verfaßt wurde, um die in der Unterredung aufgestellten Forderungen der Freien Gewerkschaften darzulegen und zu begründen. Zu dem durch die Verordnung vom 5. September den Unternehmern gegebenen Recht, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, wird erklärt, dies habe eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausübung dieses Rechts von vornherein verzichtete. Das Schreiben fordert weiter: „Die Verlängerung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden“, was damit begründet wird, daß der durch die erwähnte Verordnung geschaffene Anreiz zur Verlängerung der Arbeitswoche auf 40 Stunden verjagt habe, angesichts der Massenarbeitslosigkeit aber verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus nicht länger geduldet werden könnten.

Sodann wird verlangt, daß das System der Steuerzuschüsse dahin umgestaltet sei, daß entsprechende Steuerzuschüsse als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden könnten. Diese Maßnahmen, so wird erklärt, machten etwa 1,75 Milliarden RM. ohne geringste Inflationsgefahr für Arbeitsbeschaffung frei und ermöglichten die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser. Abschließend zählt der Brief noch die folgenden Forderungen auf: „Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Verordnung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangestastet bleiben.“



Adolf Hitler im thüringischen Wahlkampf

Hitler spricht in Greiz

Greiz, 1. Dezember. Adolf Hitler sprach hier heute abend zum thüringischen Kommunalwahlkampf. Nach Ausführungen zur thüringischen Politik kam er auf die letzten politischen Begebenheiten zu sprechen und erklärte, man verlange ihn und seine Organisation nicht um der Sache willen, sondern um die Organisation zu diskreditieren durch die Fehler, die die anderen begangen haben. Dazu gebe er aber keine Organisation nicht her. Man habe ihm vorgeworfen — auch in den eigenen Reihen — er habe am 13. 8. nicht in die Staatsführung eintreten wollen. Die Regierung sei aber nach kurzer Dauer zusammengebrochen. Was würde man heute von ihm sagen, wenn er mitgeführt worden wäre? Die Intervalle von einer Regierung zur anderen werden immer kürzer und die Zeit der Nationalsozialisten komme und komme bald. Auf mündliche Verhandlungen lasse er sich in Zukunft nicht wieder ein, da man ihn nur damit in die Falle locken möchte. Alles gelte jetzt schriftlich. Auch er könne einmal rasch von der Bildfläche verschwinden. Dann wolle er, daß aus den schriftlichen Aufzeichnungen festgestellt werden könne, daß er ehrlich und nur der Sache gedient habe. Hitler begab sich darauf zu einer zweiten Rede nach Altenburg.

Hitlers Rede in Altenburg

Altenburg, 2. Dezember. Adolf Hitler führte gestern abend in einer Rede u. a. aus, die thüringischen Kommunalwahlen seien ohne Bedeutung, wenn ihnen nicht eine Reichspolitik von Fruchtbarkeit zur Seite stehe. Die Streiks in Westdeutschland und in Berlin seien von den Nationalsozialisten nicht des Streiks wegen inszeniert worden, sondern um die Arbeiterklasse zu schützen. Wenn man in der Zukunft versuchen sollte, ihn durch Zudeckelung oder durch die Peitsche zu gewinnen, dann irre man sich. Für ihn und seine Bewegung stehe das Wort „ergeben“ in keinem Wörterbuch. Für die nächste Zeit, so erklärte Adolf Hitler, dürfe nichts weiter erwartet werden, als Fortsetzung des Kampfes, und er sei sicher, daß er sein Ziel erreichen werde. Auch heute noch sei er jederzeit bereit, die Verantwortung zu tragen, oder wenn man ihn davon fernhalten wolle, so sei er auch bereit zum Kampf, und „wenn die Welt voll Teufel war“.

Mandschurei-Konflikt

vor dem Ausschuh der Völkervereinigung

Genf, 1. Dez. Der Neunzehner-Ausschuh der außerordentlichen Völkervereinigung ist unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Symons zusammengesetreten. Der Ausschuh billigte die vom Vorsitzenden bereits voranläufige Einberufung der außerordentlichen Versammlung auf den 6. Dezember. Der Vorsitzende verlas sodann ein Schreiben des chinesischen Delegierten Dr. Yen, worin dieser gegen eine weitere Verzögerung des Verfahrens Bedenken auspricht und mitteilt, daß gegenwärtig in der Mandschurei wiederum schwere Kämpfe zwischen japanischen Truppen und patriotischen Chinesen, die sich gegen die militärische Fremdherrschaft auflehnen, im Gange seien. Es wurde beschlossen, dem chinesischen Delegierten mitzuteilen, daß die Frage der Verlängerung der Frist für den Abschluß des Verfahrens erst entschieden werden könne, wenn sich die Absichten der Versammlung überblicken ließen.

Ausschuhbericht über ein Verbot des chemischen Krieges

Genf, 1. Dez. Ein Komitee aus militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen hat einen durch starke Resonanz gekennzeichneten Bericht über die Möglichkeiten des Verbotes der Vorbereitung des chemischen und bakteriologischen Krieges ausgearbeitet. Der Bericht kommt nach eingehenden Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß man die Ausbildung der Streikkräfte im Gebrauch chemischer Waffen verbieten könne, daß aber die praktische Bedeutung dieses Verbotes sehr gering sein werde.

Neues vom Tage

Fünfer-Besprechung am Montag?

Paris, 1. Dez. Im Ministerrat wurde mitgeteilt, die französische Note, die nach Washington gerichtet worden sei, werde erst in einigen Tagen, wenn die amerikanische Regierung offiziell davon Kenntnis genommen habe, veröffentlicht werden. Was Herriots Reise nach Genf betreffe, so sei die Berücksichtigung der Fünferbesprechung wegen der deutschen Regierungskrise auf Montag nicht ausgeschlossen. Herriot habe MacDonald mitgeteilt, daß er erst Samstag früh in Genf sein könne.

Deutsch-englische Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 1. Dez. Wie wir erfahren, werden in der nächsten Woche am 6. in Berlin Sonderverhandlungen mit Vertretern der englischen Regierung über verschiedene Wirtschaftstragen stattfinden.

Japanische Offensive in der Mandschurei

Schanghai, 1. Dez. (Reuter.) Nach schnellem Vormarsch längs der chinesischen Bahn haben die Japaner die Stadt Tschalatu eingenommen. Man glaubt, daß die Offensive, an der rund 20 000 Japaner teilgenommen haben sollen, weniger den Zweck hat, die starken Gebirgsstellungen der Chinesen bei Chingan zu nehmen, als vielmehr den chinesischen Befehlshaber in der Mandschurei, General Supingwen, zu Verhandlungen zu zwingen. Supingwen hält 250 japanische Zivilpersonen als Geiseln gefangen und verweigert ihre Freilassung. Supingwens Hauptquartier meldet, daß sechs japanische Flugzeuge den Weltbahnhof von Tschalatu mit Bomben belegt und den Bahnhof und einige Kasernen zerstört hätten. Zwölf Zivilisten sollen bei dem Luftangriff ums Leben gekommen sein.

Deutscher Landwirtschaftsrat dringt auf Kontingente

Berlin, 1. Dez. Der Ständige Ausschuh des Deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigte sich erneut mit dem handelspolitischen Schutz landwirtschaftlicher Produkte und stellt fest, daß das Reichsabinett seine festen und bindenden Zusagen hinsichtlich der Drosselung unnötiger Auslandsimporte durch umfassende Kontingentierungsmaßnahmen bisher nicht eingelöst habe. Der Ständige Ausschuh weist darauf hin, daß die „Empörung“ in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft deshalb auf höchstem Grade sei und kündigt an, daß die deutsche Landwirtschaft in seiner Gesamtheit zu jedem Reichsabinett in scharfer Opposition treten werde, das nicht universell den Schutz der bäuerlichen Wirtschaft durch wirksame Drosselung unnötiger Einfuhr durchführt.

Geldbriefträger erschossen

Frankfurt a. M., 1. Dez. In einem Hause am Stiegelschlag im Stadtteil Bornheim wurde mittags der Geldbriefträger Hoffmann erschossen. Als Täter kommt ein 19jähriger junger Mann namens Knirsch in Frage, der flüchtig ist. Er wohnte seit kurzem mit seiner Mutter in dem Hause Stiegelschlag 5. Der Geldbriefträger war sofort tot. Die Höhe der geraubten Summe steht noch nicht fest. Der Geldbriefträger hatte eine kleine Rente an die Großmutter des Täters ausbezahlt, als er von diesem noch einmal in die Wohnung zurückgerufen wurde. In der Wohnung selbst hat dann der Entel der Rentnerin, der 19jährige Knirsch, dem Geldbriefträger eine Kugel in den Kopf gejagt, die den sofortigen Tod des Mannes zur Folge hatte. Knirsch raubte darauf 2800 RM., worauf er die Flucht ergriff. Der Geldbriefträger stand seit 1907 im Dienste der Oberpostdirektion Frankfurt.

Veranbung eines Kassenboten

Halle a. S., 1. Dez. Am Donnerstag mittags kurz vor 12 Uhr wurde der 17jährige Kassenbote einer hiesigen Fabrik in der Reideburger Straße von zwei Männern im Alter von etwa 25 Jahren überfallen und niedergeschlagen. Die Räuber schnitten die an dem Rade des Ueberfallenen befestigte Geldtasche, in der sich 1000 RM. Lohngehalt befanden, ab und flüchteten auf ihren Rädern. Der Kassenbote hat erhebliche Verletzungen davongetragen, konnte aber eine Beschreibung der Täter geben, so daß die Polizei hofft, sie in kurzer Zeit ermitteln zu können.

Raubmord an einem Stationsvorsteher in Holstern

Lübeck, 1. Dez. Der Stationsvorsteher Stollmann in Bad Schwartau ist in seinem Dienstzimmer mit schweren Verletzungen ermordet aufgefunden worden. Stollmann hatte sich am Donnerstag kurz nach 5 Uhr zum Dienst begeben. Die Täter haben aus der Kleidung des Ermordeten die Schlüssel zum Kofferschrant entnommen und 650 RM. geraubt. Bisher fehlt von den Räubern jede Spur.

Gasexplosion in Montreal

Montreal, 1. Dez. Eine Reihe von Explosionen hat die Bevölkerung der Stadt in Angst und Schrecken versetzt. Die Straßen waren plötzlich in Dunkelheit gehüllt. Feuerbrünste brachen aus, die Fenster scheibeln zahlreicher Häuser sprangen entzwei. Beinahe die ganze Garnison und die gesamte Feuerweh wurden aufgerufen, um der Brände Herr zu werden. 20 Personen wurden mit Brand- und Schnittwunden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Explosionen waren in den Kanalisationsleitungen entstanden, aus denen lange Stichflammen hervorströmten.

Anschlag auf den Warschauer Schnellzug

Warschau, 1. Dezember. Der aus Warschau kommende Schnellzug wurde zwischen Przemysl-Lemberg durch die Explosion eines Feuerwerkskörpers aufgehalten.

A.D.A.C. ruft den Reichspräsidenten an

Am 26. und 27. November tagte der Verwaltungsrat des A.D.A.C. in Berlin. Die zweitägigen Verhandlungen beschäftigten sich eingehend mit dem Abschluß des abgelaufenen Geschäftsjahres, wobei erfreulicherweise ein günstiger Mitgliederstand und eine ebenso solche Finanzlage festgestellt wurden. Zu den Fragen, die heute bei der unerträglichen Sonderbelastung des Kraftverkehrs über Sein- oder Nichtsein des großen Wirtschaftsfaktors „Kraftverkehrsministerium“ entschieden, sagte der Verwaltungsrat zwei Entschlüsse. Zunächst wandte er sich mit dem Ausdruck härtesten Befremdens dagegen, daß unter Mißachtung der zwingenden Vorschriften des Reichsgesetzes Autosteuer-Gelder nicht dem Wegebau zugewandt, sondern anderweitig verwendet werden. Der General-Sandikus des A.D.A.C. wurde beauftragt, die zuständigen Reichsstellen von einwandfreien Verletzungen des § 41 A.D.A.C. in Kenntnis zu setzen und um sofortige Abhilfe zu ersuchen.

In einem Schreiben an den Herrn Reichspräsidenten schildert der A.D.A.C. die Not der deutschen Kraftverkehrswirtschaft dem Staatsoberhaupt, nachdem alle Versuche bei den verschiedenen Zentralbehörden des Reiches und der Länder vergeblich gewesen sind, um eine Entlastung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft zu erwirken. Diese Not könne nur durch die einschneidendsten Maßnahmen in Bezug auf Senkung der Steuer und Betriebsstoffpreise erreicht werden, welche das Kraftfahrzeug in erster und schwerster Linie belasten. Der Verwaltungsrat bittet den Herrn Reichspräsidenten, die Reichsregierung anzuweisen, sofort in Wirkung tretende Mittel anzunehmen, um die Kraftverkehrswirtschaft in wirklich letzter Stunde vor dem völligen Untergang zu bewahren.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 2. Dezember 1932.

— **Expreggutzüge für den Weihnachtverkehr.** Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit, daß zur Bewältigung des diesjährigen Weihnachts-Expregg- und Eilgutverkehrs, neben der Einstellung außerordentlicher Expregg- und Eilgutwaggons in die Rüge des Reiseverkehrs, wie in den Vorjahren wieder besondere Expreggutzüge für den Verkehr nach Karlsruhe, Frankfurt a. M. und weiter nach dem Rheinland und Westfalen (sowie nach Berlin und Sachsen) gefahren werden, die eine außerordentlich rasche Beförderung bieten. Die Reisenden werden gebeten, ihre Expreggüter so zeitig aufzuliefern, daß sie die Expreggutzüge erreichen. Auskunft erteilen die Gepäckabfertigungen, die auch den regelmäßigen Versendern Fahrpläne der Expreggutzüge zusenden werden.

— **Erben werden gesucht.** Von dem Nachlassverwalter in Castroville City Monteros (Kalifornien) werden die erbberechtigten Verwandten eines im März d. J. in Castroville tödlich verunglückten Johann Koller gesucht. Der verstorbene Johann Koller war 35 bis 43 Jahre alt, unverheiratet und hatte in Castroville ein kleines Gut. Außerdem soll er noch im Hotel „Del Monte“ als Gärtner beschäftigt gewesen sein. Er soll aus Württemberg stammen und bis zuletzt mit seiner Schwester, die in Württemberg wohnt, in Briefverkehr gestanden haben. Etwa noch lebende Verwandte des Johann Koller werden gebeten, ihre Anschrift dem Polizeipräsidium — Vermittlungszentrale — Stuttgart mitzuteilen.

— **Außerordentliche Besetzung der Weihnachtspostkarten.** Alle Postkarten mit eingedruckter Freimarkte zu 8 Pfennig (Freimarktwert 6 Pfennig) verlieren im Verkehr nach dem Auslande Ende November ihre Gültigkeit.

— **Ragold, 1. Dezember.** (Besprechung über die Winter-Kosthilfe.) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Maier fand gestern abend im Rathausaal vor etwa 40 Personen beiderlei Geschlechts und aller Berufsstände eine grundlegende Besprechung über die notwendigen Maßnahmen der diesjährigen Winterkosthilfe statt. Neben Geldbeträgen und Lebensmitteln, werden hauptsächlich Kleidungs- und Wäscheartikel (Bett- und Leibwäsche), sowie Schutzzeug als dringend wünschenswert betrachtet. Ferner wurde beschlossen, von Rektor Kiefner angeregt, daß unterernährten Volksschülern beider Konfessionen und solche der Seminarische, soweit sie durch ärztlichen Befund als solche begutachtet werden, auf die Dauer von drei Monaten ein warmes Frühstück, bestehend aus Milch oder Kaffee und Schwarzbrot verabreicht wird.

— **Freudenstadt, 1. Dezember.** (Aus dem Gemeinderat.) Vertauf eines städt. Grundstücks in der Ziegelstraße. Zwischen dem Anwesen von Jagführer Dürle und dem Anwesen vom Heimbachweg befindet sich ein städt. Grundstück, das man seinerzeit dem Wunsche der Anlieger entsprechend unüberbaut gelassen hat. Das Grundstück wurde in mehreren Teilen den Anliegern pachtweise überlassen. Der Beschluß des Gemeinderats geht dahin, das Grundstück zur öffentlichen Versteigerung zu bringen mit der Bedingung, daß durch Eintragung einer dinglichen Last im Grundbuch festgelegt wird, daß das Grundstück nicht überbaut werden darf und keinerlei landwirtschaftlicher Betrieb, weder Groß- noch Kleinviehhaltung darauf stattfinden darf. Von der öffentlichen Versteigerung ist ausgenommen ein 70 Quadratmeter großes Areal, das der Witwe Kempf mündlich überlassen wird, nachdem das Grundstück mit einer massiven Mauer versehen worden ist. — **Geisau am Ueberlassung eines städt. Grundstücks als Sportplatz.** Der Reichsbahn- und Post-Sportverein bittet um Ueberlassung eines städtischen Grundstücks oberhalb des Eisenbahndurchlasses im Reckhau von ca. 3 Morgen zur Anlage eines Sportplatzes. Wenn auch das Gesuch grundsätzlich Zustimmung fand, so gingen doch die Meinungen über den Pachtpreis sehr stark auseinander. Der Sportverein macht geltend, daß seine Mitglieder durchweg ein niederes Einkommen haben, sich infolge der besonderen Dienstzeiten anderen Sportvereinigungen nicht anschließen können, daß die Lage des Grundstücks zur Verfügung zu stellen den Plätzen Einnahmemöglichkeiten wie bei der Spielvereinigung ausschliesse und daß ein Pachtzins von 240 M wie vorgeschlagen gleichbedeutend wäre mit dem Verbot, überhaupt Sport zu treiben. Ein Vermittlungsvorschlag, den jährlichen Pachtzins auf 150 Mark festzusetzen, wird in der Abstimung mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. — **Ergänzung der Wochenmarktordnung.** Um den auf dem Wochenmarkt zutage tretenden Mängeln abzuhelfen, wird in die Wochenmarktordnung als § 2a eingefügt: Händler dürfen erst zwei Stunden nach Marktbeginn Waren auf dem Wochenmarkt aufstellen. — **Reparaturarbeit an der Replerschule,** insbesondere Malerarbeiten. Diese Angelegenheit, die in Zeitungspartikeln wie in politischen Versammlungen bereits erörtert wurde, bildete heute den Gegenstand von unerwünschten, von persönlichen Gegensätzen reichlich durchsetzten Auseinandersetzungen, die in einer bisher im Gemeinderat nicht getauften unwürdigen Weise geführt wurden, und die es angesichts des verhältnismäßig geringen Betrags — es handelt sich um einen Betrag von rund 320 Mark — eigentlich nicht wert sind, noch in der Zeitung breitgetreten zu werden. In der nachfolgenden Aussprache wird auf das vorliegende Gutachten von Professor Dr. Hans Wagner-Stuttgart, Leiter des Forschungsinstituts für Farbentechnik an der Württ. staatlichen Kunstgewerbeschule und vereidigter Sachverständiger für Anstrichstoffe, Bezug genommen, dem Proben von Anstrichen auf Holzständern vorgelegt wurden. Die einen waren mit Entausit hergestellt und durch die Witterung vollständig zerstört, die anderen waren hochglänzend und noch in tadellosem Zustand. Professor Wagner habe, so heißt es in dem Gutachten, schon früher Veranlassung gehabt, zur Voricht bei der Einführung des noch ungeprüften Entausit-Verfahrens zu mahnen. Diese Vorung habe sich in der Folgezeit als durchaus berechtigt erwiesen, da zahlreiche Fälle von völligem Verlögen der Entausit bekannt wurden. Auch ein Gutachten des Vorsitzenden des Württ. Malermeisterverbandes, Hermann Härtle, vereidigter Sachverständiger für das Malerhandwerk, Stuttgart, wurde eingeholt. Beiden Gutachten stellt Stadtrat Mast Gegengutachten gegenüber, die ebenso warm die Vorzüge des Entausitverfahrens hervorheben wie umgekehrt die beiden anderen Gutachten die Nachteile der Entausit in den Vordergrund stellen. Nach weiteren persönlichen Auseinandersetzungen kommt man zur Abstimmung. Der Antrag Härtle, die Rechnung von 320 Mark anzuerkennen, um einen Prozeß zu vermeiden, bleibt mit sechs Stimmen in der Minderheit. Der von mehreren Mitgliedern unterstützte Antrag auf Ablehnung der Reparaturkosten wird mit Mehrheit angenommen. — **In nichtöffentlicher Sitzung** wird noch schnell die Wahl eines für vorübergehende Zeit anzustellenden Praktikanten vorgenommen. Gewählt wird Vermittlungspraktikant August Heintzelmann von hier mit elf Stimmen.

Alle Bücher

die von auswärtigen Buchhandlungen in Prospekten, in Zeitungen oder Zeitschriften angeboten werden, können Sie zu denselben Preisen erhalten in der

Buchhandlung Lauf
Altensteig und Ragold.



Aus dem Gerichtssaal

80 000 RM. verurteilt

Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich der langjährige Kassierer der Sektion Dresden des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, Anstalt, wegen der umfangreichen Unterschlagungen zu verantworten, die im Juli d. J. aufgedeckt wurden und damals großes Aufsehen erregten. Er war voll geständig und erklärte die Unterschlagungen mit einem Defizit, das ihm im Jahre 1924 entstanden sei. Im übrigen gab er zu, im Laufe der Jahre über 30 000 RM. für Zwecke seines Haushalts verbraucht zu haben. Das übrige Geld sei bei seinem ausschweifenden Leben und bei verlustreichen Spekulationen, sowie teilweise auch durch Spielverlust draußgegangen. Der Angeklagte wurde wegen schwerer Vermögensschädigung und wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 30. Nov. und 1. Dez.

Buenos Aires (1 Par. Peso)	0,863	0,867	0,863	0,867
London (1 Pfund)	13,35	13,39	13,54	13,58
Newport (1 Dollar)	4,209	4,217	4,209	4,217
Amst.-Rotd. (100 Gulden)	169,33	169,67	169,33	169,67
Brüss.-Wism. (100 Belas)	58,27	58,39	58,27	58,39
Paris (100 Fr.)	16,46	16,50	16,455	16,496
Schwetz (100 Fr.)	80,92	81,08	80,92	81,08
Wien (100 Schilling)	51,95	52,05	51,95	52,05

Wirtschaft

Konturje und Vergleichsverfahren im November 1932. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat November 1932 durch den Reichsanzeiger 449 neue Konturje — ohne die wegen Walfangabstufung abgelehnten Anträge auf Konturseröffnung — und 267 eröfnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 459 bzw. 282.

Börzen

Berliner Börzenbericht vom 1. Dez. Da es nach den Internationalen der heutigen Morgenpresse den Anschein hatte, als ob die innerpolitische Lage bereits durch ein bevorstehendes Präsidialkabinett Schleicher geklärt und die Kabinettbildung selbst ziemlich weit vorgeschritten sei, war die Stimmung für Aktien durchaus freundlich. Eine Reihe von günstigen Momenten aus der Wirtschaft hatte zudem weiteres Kaufinteresse bei der Kundenschaft ausgelöst. Im allgemeinen gab es Kursbesserungen bis zu 1 Prozent. Am Anlagemarkt war keine einheitliche Tendenz festzustellen. Im allgemeinen sprach man von gut behaupteten Kursen, deutsche Anleihen zeigten allerdings zur Schwäche. Am Geldmarkt trat nach dem Ultimo eine Erleichterung ein, der Satz für Tagesgeld ermäßigte sich auf 4,84 Prozent, vereinzelt auch schon auf 4,75 Prozent, und dem Privatdiskontangebot stand auf der anderen Seite auch schon wieder kleine Nachfrage gegenüber.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 1. Dez. Weizen märk. 194—196, Roggen märk. 154—156, Braugerste 170—180, Futter- und Industrieernte 161—168, Hafer märk. 124—129, Weizenmehl 24—27, Roggenmehl 19,75—22,10, Weizenkleie 9,45—9,75, Roggenkleie 8,75—9,10, Bistortaerbsen 21—26, kleine Speiseerbsen 20—22, Futtererbsen 14—16 RM. Allgemeine Tendenz: abwärts.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 1. Dezember. Zutrieb: 6 Ochsen, 3 Bullen, 22 Jungbullen, 3 Kühe, 61 Kälber, 199 Rinder, 458 Schweine. Unverkauft: 4 Ochsen, 5 Jungbullen, 2 Kühe, 30 Kälber.

Bullen: ausgem. 23—24 (una.), vollk. 21—22 (una.), Rinder: vollk. 24—28 (una.), H. 20—23 (una.), Kälber: feinste Rast- und beste Saugk. 30—33 (30—34), mittl. 25—28 (una.) ger. 21—24 (20—24). Schweine: über 300 Pfd. 44—45 (una.), von 240—300 Pfd. 43—44 (una.) von 200—240 Pfd. 42—44 (42—43), von 180—200 Pfd. 41—42 (40—41), von 120—160 und unter 120 Pfd. (38 bis 39) RM. Verkauf: Großvieh schleppend, Ueberhand; Kälber rubig bis Schweine mäßig.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 1. Dez. Zutrieb: 134 Kälber, 111 Schafe, 67 Schweine, 797 Ferkel und Läufer. Preise: Kälber b 33—35, c 27—30, d 22—25, Schafe b 21—25 RM. Ferkel pro Stück: Läufer 14—18 Ferkel bis 4 Wochen 6—10, über 4 Wochen 11—13 RM. Marktverlauf: Kälber schleppend, langsam geräumt; Schweine nicht notiert; Ferkel und Läufer rubig.

Viehpreise. Buchau a. B.: Jungvieh 80—130, Kalbweib 280 bis 340, Antellkühe 80—130 RM. — Kottweil: junge Weibc. 300—900, ältere 200—500, 1 Paar schwere Ochsen 800—1000, 1 Paar Anselinge 400—600, trächtige Kühe 250—280, Milchkühe 220—300, Wurfsühe 170—200, junge Kalbinnen 180—250, trächtige Kalbinnen 280—380, Jungrinder 65—180 RM. — Wiesensteig: Kalbweib 445, Jungvieh 114—135, Kälber 182—215, Stiere 242 RM.

Schweinepreise. Buchau a. B.: Milchschweine 8—14 RM. — Buchau a. B.: Milchschweine 12,50—17,50 RM. — Niederstetten: Milchschweine 11,50—16 RM. — Kottweil: Milchschweine 8,50—14 RM. — Waldsee: Milchschweine 12 bis 17,50 RM. — Wiesensteig: Milchschweine 13—18 RM.

Kalbsfleisch, 1. Dez. (Zuchtviehversteigerung). Die 5. Zuchtviehversteigerung des Verbandes der oberbayerischen Zuchtgenossenschaften war mit 43 Zuchtartern im Alter von 12—18 Monaten und 20 trächtigen Kalbinnen besetzt. Etwa 500 Kaufliebhaber hatten sich eingefunden, die in zu Anfang etwas zögernden, später aber durchweg flotten Versteigerungsgang 33 Ferkel und 17 Kalbinnen veräußerten. Die Preise für Zuchtartern bewegten sich zwischen 475 und 1200 RM., für Kalbinnen zwischen 340 und 570 RM.

Stuttgarter, 1. Dez. (Wollstoffmarkt auf dem Nordbahnhof). Seit 28. November wurden 55 Wagen neu eingeführt, nämlich aus Oesterreich 28, Jugoslawien 13, Italien 16. Nach auswärts sind inzwischen 13 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo von 800—1050, und zwar für Ost aus Italien 800—880, im übrigen 1000—1050, im Kleinverkauf 4,80—5,60 RM. pro Zentner.

Stuttgarter Großmärkte vom 1. Dez. Kartoffelmarkt auf dem Leonhardswald. Zufuhr 30 Zentner. Preis 2,80—3 RM. — Wollstoffmarkt auf dem Nordbahnhof. Zufuhr 100 Zentner. Preis 5,80—5,80 RM. je für 1 Zentner.

Beste Nachrichten

Der Braunschweiger Afta aufgelöst

Braunschweig, 2. Dezember. Die braunschweiger Studentenenschaft der Technischen Hochschule hat gestern abend nach längerer, teilweise äußerst lebhafter Debatte beschlossen, den Afta aufzulösen. Der erste Vorsitzende Brede soll die Geschäfte bis zur Neuwahl weiterführen. Die Neuwahlen zur Afta sollen in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Städtetag kündigt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm an

Berlin, 1. Dezember. In einer Besprechung zwischen dem Präsidenten des Deutschen Städtetages Dr. Ruleri und den Gewerkschaftsführern Leipart und Otte kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die bisherigen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft nicht ausreichen, weil die öffentliche Hand nicht genügend eingeschaltet sei. Infolgedessen müsse eine Beteiligung der öffentlichen Wirtschaft an den Steuergutschriften gefordert werden. Der Vorstand des Deutschen Städtetages will der Reichsregierung Pläne für ein ganz konkretes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, dessen Durchführung und Finanzierung alsbald möglich sei, so daß mit den dringlichen Arbeiten noch vor Ansetzen des Winters begonnen werden könne.

Wegen Transportgefährdung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt — Gerichtliches Nachspiel zum Berliner Verkehrsstreit

Berlin, 1. Dezember. Das Sondergericht verurteilte heute die 35jährige Theresie Strud wegen Transportgefährdung und schwerer Körperverletzungen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Die Verurteilte hatte während des Verkehrsstreits in Schöneberg einen faustgroßen Stein auf einen Straßenbahnwagen geworfen, der eine Scheibe zertrümmerte und eine im Wagen sitzende Frau am Kopf verletzte.

Krawalle der Arbeitsdienstfreiwilligen in Nowawes

Nowawes, 1. Dezember. Ungefähr 200 Mitglieder des freiwilligen Arbeitsdienstes, die ihre Arbeit niedergelegt hatten, rotteten sich heute vormittag vor dem Rathaus zusammen. Sie verlangten im Sprechchor Lohnzulagen und warme Kleidung für den Winter. Da die Lage für das Rathaus bedrohlich wurde, ließ die Stadtwartung die Polizei herbeirufen, die den Platz vor dem Rathaus mit dem Gummiknüppel räumte.

Gestorben

Calw: Katharine Eberhardt geb. Gengenbach, 85 J. a.

Wetter für Samstag

Nach Frankreich ist Tiefdruck vorgezogen, der sich auch in Süddeutschland geltend machen dürfte, so daß für Samstag beständiges Wetter zu erwarten ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauf. Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Ev. Kirchenpflege Altensteig.

Kirchensteuereinzug

im Gemeindehaus am Samstag, den 3. Dezember 1932 von 2—5 Uhr.

Bezahlungen werden auch in der Wohnung angenommen. Kirchenpflege: Reuter.

Altensteig.

Morgen Samstag

Mikelfuppe

wogu freundlichst einladet



Lander zum „Rößle“.

Arterienverkalkung,

Magen-, Herzleiden, Blasen-, Nieren- und Leberbeschwerden, Darmstörungen, sowie Rheumatismus, Gicht, Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten

Nerus Knoblauchsft

Bei Zucker: „Nerus“, Meerrettichsaft. Große Packung Mk. 2.75. Löwen-Drogerie, Hiller.

Fahrt am Montag zum Haslacher Markt Abfahrt 4 Uhr Simmersfeld über Altensteig — Spielberg, (Ordnungsbuch erwarte ich an der Garmeller Brücke). Harr, Simmersfeld.

Deutsches Ski-Liederbuch

Preis M. 1.— zu haben in der Buchhandlung Lauk in Altensteig und Nagold

Altensteig Winter-Mäntel Geschäfts-Mäntel Herren-Anzüge Knaben-Anzüge Arbeits-Anzüge Herren-Pullover Sporthosen Arbeits-hosen Windjacken Sportstrümpfe Herrenhemden Hosenträger Kragen und Cravatten empfiehlt zu äußerst billigen Preisen Fritz Wizemann. Advents-Kalender zu 40, 70 J. sowie M. 1.10 sind zu haben in der Buchhandlung Lauk in Altensteig und Nagold

Weihnachts-

Dekorations-Papier
Schaufenster-Papier
Krepp-Papier
Einwickel-Papier

Weihnachts-Teller und -Beutel für Bescherungen in der Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold.

Ein prachtvolles Weihnachts-Geschenk

ist Meyers Konversations-Lexikon in 12 Bänden und 3 Ergänzungsbänden in Halbleder à Mk. 28.— oder Meyers Kleines Lexikon in 3 Bänden in Halbleder à Mk. 17.— Vorrätig in der Buchhandlung Lauk in Altensteig und Nagold

Simmersfeld, den 29. Nov. 1932.

Danksagung.

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen Johannes Waidelich während seiner Krankheit Liebe erwiesen u. ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, sagen wir herzl. Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Rehm für die trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Bürgermeister Metzger für die ehrenden Nachrufe im Namen des Militärvereins, besonders danken wir noch Herrn Hauptlehrer Claß für den schönen Gesang des Kirchenchors. Die trauernden Hinterbliebenen: Kathrine Waidelich mit Kindern.

